

GEMEINSAM FÜR ÖSTERREICH

Die Allianz der Freien Arbeitgeberverbände bietet der neuen Bundesregierung einen Standortdialog neuer Qualität an.

Die Allianz der Freien Arbeitgeberverbände ist die von Parteien und Steuergeldern unabhängige Plattform österreichischer Arbeitgeberbetriebe, die auch künftig am Standort Österreich Produkte und Dienstleistungen erbringen, Steuern und Abgaben entrichten, investieren, Mitarbeiter zu fairen Bedingungen beschäftigen und neue Arbeitsplätze schaffen wollen.

Gemeinsam vertreten sie **6.500** freiwillige Unternehmensmitglieder mit **30.000** Standorten, mehr als **500.000** Mitarbeitern und mehr als **74 Mrd. Euro Umsatz** pro Jahr. Wir schaffen in Österreich Arbeitsplätze und zahlen in Österreich Steuern. Wir wollen den Wirtschaftsstandort Österreich weiterentwickeln und mehr Mitarbeiter einstellen. Die Allianz der Freien Arbeitgeberverbände bietet der neuen Bundesregierung einen Standortdialog neuer Qualität an. Auf uns können die Regierung und die Österreicher zählen.



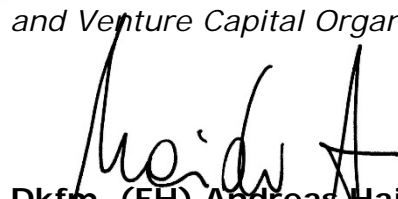
Dr. Stephan Mayer-Heinisch
*Präsident Handelsverband
Austrian Council of Shopping Centers*



Dr. Rudolf Kinsky
*Präsident Austrian Private Equity
and Venture Capital Organisation*



DI Felix Montecuccoli
Präsident Land&Forst Betriebe Österreich



Dkfm. (FH) Andreas Haider
*Präsident Österreichischer
Franchise-Verband*



Andreas Gnesda
*Präsident
Österreichischer Gewerbeverein*



Michaela Reitterer
*Präsidentin
Österreichische Hoteliervereinigung*



Dr. Josef Peterleithner
Präsident ReiseVerband



Mag. Wolfram Senger-Weiss
*Präsident
Zentralverband Spedition & Logistik*

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Bevölkerungszunahme und demografischer Wandel, Urbanisierung, Zuwanderungsdruck und die Auswirkungen des Klimawandels verändern ebenso wie die Digitalisierung mit Blockchain und künstlicher Intelligenz unsere Gesellschaft. Um diese Herausforderungen optimal gestalten zu können, wird es großer gemeinsamer Anstrengungen bedürfen.

Das Potenzial der heimischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in vollem Umfang abzurufen, ist das Gebot der Stunde und muss der unbedingte Anspruch der österreichischen Bundesregierung sein.

Wir sind davon überzeugt: Das funktioniert im konstruktiven Dialog mit den Beteiligten besser. Wir als Praktiker und unabhängige Verbände bieten uns als Partner bei der Lösungsfindung und als Kommunikatoren in unsere Branchen an. Wir bringen Input aus der betrieblichen Praxis für eine neue Koalition von Politik und Wirtschaft ein.

DIE PHILOSOPHIE

Wir bekennen uns zu nachhaltigem und fairem Wirtschaften. So wie sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer adäquat daran beteiligen, müssen beide Seiten am Erfolg beteiligt sein. Wir bekennen uns zu einer langfristig tragfähigen und praxisorientierten Rahmensetzung durch den Staat. Sie soll so zurückhaltend wie möglich und so umfassend wie notwendig gestaltet sein. Kluge und faire steuerliche Rahmenbedingungen, schlanke Administration, flexible Arbeitszeiten, weniger, dafür klar strukturierter Föderalismus, die Abkehr von „Gold-Plating“, eine Digitalisierungsoffensive und anderes mehr wären wertvolle Beiträge dazu, dass Österreich die Herausforderungen der Zukunft aktiv gestalten kann – ein Regierungsprogramm, das diesen Aspekten Rechnung trägt, der Schlüssel zum Erfolg.

DER WEG

Den Faktor Arbeit entlasten

Die hohen Steuern auf Arbeit in Österreich sind für mitarbeiterintensive Branchen ein enormer Wettbewerbsnachteil gegenüber der internationalen Konkurrenz und der missbräuchlichen Verwendung von Geschäftsmodellen der Sharing Economy. Ihre Senkung verkürzt den Wettbewerbsvorsprung der internationalen Player und schafft Arbeitsplätze.

Die Zahl der Sozialversicherungsträger und Beitragsgruppen ist zu senken, die Höhe und Verwendung der gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge penibel zu überprüfen. Aus Lohnnebenkosten finanzierte Institutionen sollen gesetzlich vorgeschriebene Beiträge gemäß der ursprünglichen Intention einsetzen, andere Ausgaben sind aus dem allgemeinen Steuertopf zu bestreiten. Die Mittelbedarfe und die Höhe der Abgaben sind darauf basierend kaufmännisch zu veranschlagen, Überschüsse sollen die Beiträge im Folgejahr reduzieren.

- Beiträge zum Insolvenzentgeltfonds sollen den Lebensunterhalt von Menschen finanzieren, die durch Insolvenz den Arbeitsplatz verlieren.
- AUVA-Beiträge sind wie der Aufwand für Arbeitsunfälle zu senken, eine anderweitige Verwendung soll unzulässig sein.
- Wohnbauförderungsbeiträge sollen zur Wohnbauförderung verwendet werden müssen.

Arbeitnehmer effektiv schützen

1209 Arbeitnehmerschutz-Paragrafen schränken Betriebe ein, ohne die Sicherheit der Mitarbeiter zu erhöhen. Hier muss im Dialog mit Praktikern die höchstmögliche Absicherung der eigenverantwortlichen Mitarbeiter ohne überschießende Einschränkung alltäglicher Tätigkeiten erreicht werden.

Aus- und Weiterbildung zukunftsfit gestalten

Österreich muss Lehrinhalte und Unterrichtsmaterialien am zukünftigen Bedarf der Arbeitgeber orientieren. Die Durchlässigkeit zwischen Lehre, Matura und Studium sowie Innovation und Digitalisierung in der Ausbildung sind zu forcieren.

Eine die Schulkarriere begleitende, wiederholte und umfassende Informationsoffensive soll den Wissenstand von Eltern und Schülern über offene Stellen, Arbeitsplatzsicherheit und Karrierechancen rechtzeitig vor der Berufswahlphase sicherstellen. Der Fokus muss sich auf Branchen richten, die Wertschöpfung schaffen und Karrierechancen bieten. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels brauchen wir neben der selbstverständlichen Forcierung von MINT-Fächern flexible branchenübergreifende Lehrlingsverbände. Nach der Investition von 1,35 Mrd. Euro in die Universitäten und 380.000 Studenten darf die duale Ausbildung für 100.000 Lehrlinge nicht vernachlässigt werden. Die duale

Ausbildung soll modular aufgebaut und um zeitgemäße IT-Kenntnisse wie Online-Vertrieb und Social Media bereichert, blended learning Standard werden. Wir brauchen attraktive Anreize für Praktiker, ihr Know-how in die Ausbildung

einzubringen. Leistungsstipendien wie auf dem Hochschulsektor und die Gleichstellung mit Ausbildungen auf dem Niveau der Sekundarstufe in Bezug auf die akademische Reife sollen die Lehre für High Performer attraktiver machen.

Mehr Freiheit in der Arbeitszeitgestaltung

Obwohl jeder 3. unselbständig Erwerbstätige und jeder 2. Selbständige am Wochenende arbeitet, orientieren sich Kinderbetreuung und Arbeitszeitgesetze immer noch am Auslaufmodell täglicher 8-Stunden-Routinen. Flexiblere tägliche Arbeitszeiten von bis zu 12 Stunden sollen, unter Beibehaltung der wöchentlichen Höchst Arbeitszeit, bei erhöhtem Arbeitsbedarf nicht Standard werden, aber ohne Mehraufwand für Arbeitgeber beiden Seiten das Leben erleichtern.

Mit Steuern steuern

Die kalte Progression, die durch die anziehende Inflation noch verstärkt wird, ist im Sinne der Fairness des Staates seinen Bürgern gegenüber und zur Stärkung der Kaufkraft zu beenden. Eine moderne und standortfreundliche Politik hinterfragt Ausgaben kritisch, reduziert Belastungen und erleichtert Unternehmen die Schaffung von Arbeitsplätzen. Einfach konzipiert, setzt ihre Steuerpolitik Leistungsanreize, kurbelt die Nachfrage an und steigert die Wertschöpfung im Land, sie nutzt Erträge und erhält die Substanz. Das derzeitige lohnfokussierte Steuersystem schwächt mitarbeiterintensive Branchen im Wettbewerb, schadet Standort, Arbeitsmarkt und öffentlichen Haushalten. Steuern auf Betriebsvermögen behindern Investitionen, schwächen den Standort, vernichten Arbeitsplätze und sind daher abzulehnen. Für die Land- und Forstwirtschaft soll, so wie in anderen Sektoren, die Möglichkeit eines gewillkürten Betriebsvermögens eingeführt werden.

Eine neue Innovationskultur finanzieren

Disruptive Technologien wie Blockchain oder Machine Learning ermöglichen neue Geschäftsmodelle. Damit Startups Wachstumsmotoren werden können, müssen der Zugang zu Beteiligungs- und Risikokapital auf EU-Niveau gebracht, Haftungsübernahmen ausgeweitet und Anreize für Wagniskapitalgeber geschaffen werden. Die Gleichstellung von Fremd- und Eigenkapital im innerbetrieblichen Umgang und die Etablierung Österreichs als wettbewerbsfähiger vorbörslicher Kapitalmarkt und Finanzplatz sollen Ziel der Standortstrategie sein. Österreichs mittelständische Wirtschaft braucht angesichts immer strengerer Fremdkapitalvorschriften eine Senkung der Steuern auf nicht entnommene Gewinne und Maßnahmen zur Attraktivierung von Beteiligungs-/Venture Capital, Mezzaninfinanzierung, Leasing und Factoring. Eine reformierte GmbH light, eine „kleine AG“ und Erleichterungen für Mitarbeiterbeteiligungsmodelle in KMU sollen Unternehmensgründungen und -übernahmen erleichtern. Das land- und forstwirtschaftliche Unternehmertum muss im Sinne seiner natürlichen und notwendigen Gesamtvielfalt unternehmerischer Tätigkeiten steuerlich neu definiert werden.

Transparenz fördern, Bürokratie reduzieren

Die Umsetzung der Reformvorschläge des Rechnungshofs durch die neue Bundesregierung setzen wir voraus. Der Mittelfluss in den öffentlichen Haushalten als Voraussetzung für die notwendige weitreichende Staatsreform muss transparent werden, die Zahlungsströme einsehbar. Die Reorganisation der föderalen Struktur würde weitreichende Reformen etwa der Raum- und der Bauordnung ermöglichen, Überregulierung und Doppelgleisigkeiten reduzieren, Bearbeitungszeiten verkürzen und daraus resultierende finanzielle und nichtfinanzielle Belastungen reduzieren.

Der Abkehr vom rechtlichen „Grundsatzmisstrauen“ zur investitionsfördernden innovationsfreundlichen Vertrauenskultur muss Priorität eingeräumt werden. Eine substanzielle Entbürokratisierung und Deregulierung ist essentiell für ein unternehmerfreundliches Umfeld. Widersprüchliche Auslegungen von Vorschriften sollen in einem ersten Schritt durch One-Stop-Shops für unternehmerische Belange, letztlich durch deren Ausbau zu proaktiven „persönlichen“ Unternehmensbegleitern in allen administrativen Fragen verunmöglicht werden. Betriebsanlagengenehmigungen sollen der Umwelt und den Inhabern behördlich überprüfter genehmigter Anlage Sicherheit und Rechtssicherheit garantieren. Dafür ist die Zuständigkeit für Bürokratieabbau aus den PR-Abteilungen einzelner Ministerien in ein eigens geschaffenes Ressort zu überführen.

Weitere notwendige Schritte sind die Einführung von Sunset-Clauses und die Abkehr von „Gold-Plating“, die Reduktion von Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten sowie eine weitestgehende Reform der Gewerbeordnung unter Berücksichtigung der Sharing Economy, Benchmarking im EU-Vergleich, die Vorreiterrolle bei der Verwaltungsdigitalisierung und der Einführung der Blockchain und der flächendeckende Ausbau des Breitbandnetzes.

Klar zur EU bekennen

Die Europäische Union ist der größte gemeinsame Markt der Welt. Davon profitieren wir alle. Unbestritten würde ein expliziter Fokus der EU auf die Bereiche, die sie besser regeln kann als die Mitgliedsstaaten, ihre Effizienz und Akzeptanz steigern. Für einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt müssen wettbewerbsverzerrende Bedingungen aufgehoben, ein einheitliches Mehrwertsteuersystem eingeführt und Vertragsregeln sowie Verbraucherrechte harmonisiert wie auch der Steuerwettlauf zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten beendet werden. Stattdessen gilt es eine vernünftige Handelspolitik im Bereich der Regulatorik sicherzustellen, mit dem klaren Ziel, kleinen und mittelgroßen Arbeitgebern jenen Spielraum zu belassen, den sie im Wettbewerb mit multinationalen Konzernen benötigen.